

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.02.2022


Inhalt

EWN

1 Kleinbrand im AKW Biblis <i>echo-online.de (Echo Zeitungen Darmstadt),</i> 24.02.2022	3
--	---



ImPuls der Region

 echo-online.de (Echo Zeitungen Darmstadt) | 24.02.2022 WEBLINK

Kleinbrand im AKW Biblis

Im stillgelegten Kernkraftwerk ist es bei Rückbauarbeiten zu einem sogenannten meldepflichtigen Ereignis gekommen. Was passiert ist und was die Ursache war.

KREIS BERGSTRASSE - (schu). Zu einem kleinen Brand mit Rauchentwicklung ist es am Donnerstag bei Rückbauarbeiten im stillgelegten Atomkraftwerk Biblis gekommen. Betroffen war der Kontrollbereich von Block A, wie die Betreiberin des Kernkraftwerkes Biblis, die RWE Nuclear GmbH, und das hessische Umweltministerium am Mittwoch mitteilten.

Die Ursache dafür war die Wärmeentwicklung eines Bauteils, das durch Seilsägearbeiten zerlegt wurde. Noch vor dem Eintreffen der umgehend alarmierten Werkfeuerwehr war der Kleinbrand bereits selbstständig erloschen, heißt es in der Mitteilung weiter. Die Brandschützer überprüften anschließend den betroffenen Bereich und schlossen eine weitere Brandgefahr aus.

Gefahr habe zu keiner Zeit bestanden, Block A ist „kernbrennstofffrei“. „Das Ereignis hat keinerlei ra-

diologische Auswirkungen. Eine Gefährdung des Personals, der Umgebung oder der Anlage war mit dem Vorkommnis nicht verbunden“, meldet RWE. Eine abschließende Bewertung des Ereignisses sowie der Maßnahmen gegen Wiederholung werde „unter Hinzuziehung des atomrechtlichen Sachverständigen vorgenommen“.

Zuletzt war es vor einem Jahr zu einem Vorfall im AKW Biblis gekommen. Im Februar 2021 hatte eine veränderte Beton-Mischung für Behälter, in die schwach- und mittelradioaktiver Abfall kommt, zu einem sogenannten meldepflichtigen Ereignis geführt. Ohne Rücksprache habe ein Zulieferer den Beton für „Konrad-Behälter“ geändert, sodass er nicht mehr der Zertifizierung entsprochen habe. Dies teilten seinerzeit das hessische Umweltministerium und Betreiber RWE mit. Auch dabei war nach Angaben des Ministeriums als Aufsichtsbehörde niemand gefährdet worden.